



STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN

## Wie weiter mit Verkehr und Stadt?

Ein Gespräch mit Michael Groschek, NRW-Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr



1965 in Betrieb genommen und inzwischen marode: Die 700 Meter lange Rheinbrücke auf der A1 bei Leverkusen ist die meistbefahrene Brücke in NRW. (Foto: Horst Ossinger dpa)

Umweg fahren, weil die Brücken auf der A45 diese Lasten nicht mehr tragen können. Wir fahren unsere Infrastruktur auf Verschleiß, und zwar auf der Straße, auf der Schiene und auf den Wasserwegen. Wir leisten uns einen nicht länger hinnehmbaren Substanzverlust. Das ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Deshalb fordere ich eine konzertierte Aktion, um diese Entwicklung aufzuhalten unter dem Motto: Wir reparieren Deutschland.

### Was macht Mobilität „nachhaltig“?

Mobilitätspolitik muss sich den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen stellen und sie mit gestalten. Dazu gehören der demografische Wandel mit einer ziemlich schnell alternden Bevölkerung, die weiter wachsende Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, die enormen Wachstumsraten im Güterverkehr, die rasante Zunahme beim Verkauf von Pedelecs und E-Bikes und schließlich ein Wertewandel bei der urbanen jungen Bevölkerung. Denen ist der Besitz eines Autos nicht mehr so wichtig, die wollen preiswert, sicher und verlässlich mobil sein. Ob per Carsharing, mit dem Rad oder zu Fuß, mit der Bahn, per ÖPNV: Das Smartphone ist der Zündschlüssel der Zukunft, mit dessen Hilfe sich private und öffentliche Verkehrsmittelangebote vernetzen lassen.

Die Landesregierung hat in ihrem Kabinettsbeschluss vom Herbst 2013 ihr Leitprinzip der Nachhaltigkeit definiert als die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit, ökonomischer Vernunft und ökologischer Verantwortung. Das heißt für uns: Mobilität muss auch in Zukunft umweltgerecht, sicher und bezahlbar sein. Des-

→ weiter auf Seite 3

### Eberhard Neugebohrn: Wo liegen für Sie die wesentlichen Herausforderungen der Mobilitätspolitik in Nordrhein-Westfalen?

Michael Groschek: Seit ich im Juni 2012 mein Amt angetreten habe, treibt mich vor allem das Problem unserer maroden Infrastruktur um. Zwei Kommissionen der Verkehrsministerkonferenz haben festgestellt, dass wir in Deutschland einen riesigen Nachholbedarf in Höhe von jährlich zusätzlich 7,5 Milliarden

Euro haben, um unsere Verkehrsinfrastruktur zu erhalten. Diesen Mangel spüren wir in NRW massiv. Denken Sie an die Rheinbrücke der A1 in Leverkusen, die praktisch in Dauerreparatur ist und die wir zeitweilig für Lkw sperren mussten. Nehmen Sie die Schwertransporte, die die Industrie im Siegerland braucht. Wenn die eine Windkraftanlage oder einen Transformator zum Hamburger Hafen schaffen wollen, müssen sie inzwischen Hunderte Kilometer



### Schwerpunktthema: Natur und Stadt

Grün statt grau → Seite 6  
Transition Towns → Seite 8

### Schöne Reden, wenig Taten

Ein Jahr nach Rana Plaza –  
was hat sich getan?  
→ Seite 10

### Nachhaltiges Großereignis?

Die Fußball-WM  
in Brasilien  
→ Seite 11

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zur Einen Welt gehört auch Osteuropa. Die Krise in der Ukraine hat vor allem Ratlosigkeit, Unsicherheit und Sorgen vor einer sich wieder verschärfenden Ost-West-Konfrontation ausgelöst. Die aktuellen Entwicklungen dort sind von größter Bedeutung für die Zukunft des Völkerrechts und die Möglichkeiten zur multilateralen Regelung von Konflikten. Wir, die zivilgesellschaftlichen Akteure, dürfen die Entwicklung dort nicht beschweigen. Wir müssen darüber diskutieren und auch Kontroversen aushalten.

Am 1. August 1975 unterzeichnete die Sowjetunion in Helsinki die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Sie verpflichtete die Teilnehmerstaaten zur gegenseitigen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität. Änderungen von Grenzen erlaubte die Schlussakte nur nach beiderseitigen Vereinbarungen im Rahmen des Völkerrechts und durch friedliche Mittel. Teilgenommen hatten alle Staaten Europas – mit Ausnahme Albaniens und Andorras – sowie die USA und Kanada.

Rechtsnachfolger der Sowjetunion wurde nach deren Auflösung 1991 die Russische Föderation. Die anderen europäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion traten der Schlussakte 1991 bzw. 1992 bei. Inzwischen hat Russland folgende Territorien seiner ehemaligen Nachbarrepubliken seiner faktischen Kontrolle unterstellt oder auch formell annektiert:

...↳ **Abchasien:** Das Gebiet in Georgien hat ca. 250.000 Einwohner. Etwa ebenso viele Menschen wurden nach 1992 vertrieben, 200.000

waren Georgier. 90 Prozent der Einwohner haben inzwischen die russische Staatsbürgerschaft. Russland unterhält dort 24 Militärbasen.

...↳ **Südossetien:** Das Gebiet in Georgien hat ca. 72.000 Einwohner, 95 Prozent haben inzwischen die russische Staatsbürgerschaft. Eine unbekannte Zahl russischer „Friedenstruppen“ ist dort stationiert. Das Separatistenregime strebt die Vereinigung mit Nordossetien an, einem Gebiet der Russischen Föderation, und damit einen Anschluss an Russland.

...↳ **Transnistrien:** Das Gebiet in Moldawien östlich des Flusses Dnjestr hatte 2004 etwa 555.000 Einwohner. Es war das industrielle Herz der einstigen Sowjetrepublik Moldawien. Der Sezessionskrieg von 1992 forderte ca. 1.000 Menschenleben. Seitdem ist dort die 14. Russische Armee stationiert. Das Separatistenregime hat inzwischen die Aufnahme in die Russische Föderation beantragt.

...↳ **Krim:** Die ukrainische Halbinsel hat etwa 2,3 Millionen Einwohner. Sie wurde 1964 unter Chruschtschow der ukrainischen Sowjetrepublik angeschlossen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion blieb sie bei der Ukraine. Beobachter berichteten, dass die Milizen, die dort seit Februar dieses Jahres die Macht ergriffen haben, zu einem großen Teil aus Russland eingedrungen waren und ihre Waffen und Fahrzeuge überwiegend aus russischen Beständen stammten. Nach einem von den Ukrainern boykottierten Referendum beantragten die Separatisten die Aufnahme in die Russische Föderation, der die russische Duma sogleich entsprach.

...↳ **Donbas:** Das Muster der Krim wurde vom März bis Mai dieses Jahres in gewissem Umfang im Donezbecken der Ostukraine wiederholt.

Zweifelsohne gehört zur historischen Wahrheit auch, dass Minderheitenrechte und Ansprüche auf sprachliche und kulturelle Autonomie in all diesen Fällen von den jeweiligen Mehrheitsgesellschaften bzw. ihren Regierungen zumindest zeitweilig unterdrückt wurden. Auch der von den nationalistischen Kräften in Kiew betriebene Parlamentsbeschluss vom Februar, das Sprachengesetz von 2012 aufzuheben und damit auch das Russische als Amtssprache in der Ostukraine abzuschaffen, gehört in diesen Zusammenhang. Der Beschluss ist vom ukrainischen Übergangspräsidenten mit einem Veto belegt worden, und das Parlament hat inzwischen seine Position korrigiert.

Im Frühjahr erinnerte Außenminister Steinmeier an die Situation unmittelbar vor Beginn des Ersten Weltkriegs, in der die europäischen Mächte nicht hinreichend miteinander redeten. Sicherlich muss unbedingt versucht werden, die Gesprächskanäle offen zu halten und zumindest für die Ostukraine eine Lösung zu finden, die die territoriale Integrität der Ukraine nicht weiter verletzt. Und nach der Wahl des neuen ukrainischen Präsidenten Poroschenko gibt dazu es ein paar hoffnungsvolle Anzeichen.

Mich erinnern die Ereignisse auf der Krim und im Donbas aber eher an die Situation vor dem Zweiten Weltkrieg, als Hitlerdeutschland die Sudetendeutschen als Sprengmine gegen die Tschechoslowakei benutzte und am 30. September 1938 die sudetendeutschen Gebiete besetzte. Vorausgegangen war das berühmte Münchner Abkommen, in dem Großbritannien, Frankreich und Italien den Forderungen Hitlers nachgaben und die Tschechoslowakei damit dem Nazi-Regime auslieferten. Heute wird diese Appeasement-Politik als ein Schritt auf den Zweiten Weltkrieg hin gewertet.

Die Posen Putins, seines Premiers Medwedew und seines Außenministers Lawrow bei diversen öffentlichen Auftritten und ihre Klagen über das Unrecht, das den Menschen auf der Krim bzw. in der Ostukraine von den Kiewer „Faschisten“ zugefügt werde, sind ein abstoßendes Beispiel für politischen Zynismus. Insbesondere, wenn man sich der Brutalität erinnert, mit der separatistische Bestrebungen in Tschetschenien und den Nachbargebieten von der russischen Staatsmacht bekämpft wurden und werden.

Aber auch bei uns muss man sich über die zahlreichen Russland- und Putin-Versteher in Online-Foren und Leserbriefen und unter Politikern und Publizisten wundern. Und die Teilnahme von Vertretern der Linkspartei aus Mecklenburg-Vorpommern, zusammen mit Vertretern der rechtsradikalen ungarischen Jobbik-Partei und des französischen Front National, als „Wahlbeobachter“ bei dem Sezessionsreferendum auf der Krim kann ich nicht anders werten als einen Akt der Kollaboration bei einer völkerrechtswidrigen Gebietsannexion.

Steinmeier hat Recht, natürlich muss man reden, aber es kommt auch auf den Standpunkt an, von dem aus man das tut.

Es grüßt Sie  
*Ihr Eberhard Neugebohm*



Donezk, April 2014: Pro-russische Separatisten verschanzen sich hinter Barrikaden. (Foto: Romain Carr/NurPhoto)

## Wie weiter mit Verkehr und Stadt?

→ Fortsetzung von Seite 1



Minister Groschek beim Bürgerdialog in Essen (Foto: MBWSV NRW)

halb haben wir zum Beispiel das Sozialticket für den ÖPNV mit erheblichem Mitteleinsatz möglich gemacht. Mobilität muss sicher sein. Dafür arbeiten wir zusammen mit Verkehrswacht, Schulen und anderen Gruppen im Netzwerk Verkehrssicheres NRW ([www.verkehrssicherheit.nrw.de](http://www.verkehrssicherheit.nrw.de)). Mobilität muss vernetzt und verkehrsmittelübergreifend gedacht und geplant werden. Das passiert, man sieht es am Beispiel des Portals [www.verkehr.nrw.de](http://www.verkehr.nrw.de), das wir weiter entwickeln. Oder an der Verkehrszentrale NRW, die steuernd bei Streckenüberlastungen oder Baustellen in den Verkehr eingreift. Mit dem gegenwärtigen Boom der Pedelecs ist der positive Trend zu mehr Radverkehr auch im Alltag weiter verstärkt worden. Mein Haus stärkt diese Entwicklung unter anderem durch die Planung für fünf Radschnellwege. Das ist einzigartig in Deutschland.

*Laut Mikrozensus-Befragung von 2012 nutzen 68 Prozent der nordrhein-westfälischen Berufstätigen das Auto, um zur Arbeit zu kommen. Was macht Ihr Ministerium,*

*um diese Zahlen zu reduzieren und stattdessen die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder von Fahrrädern zu steigern? Und was könnten oder müssten andere Akteure tun, etwa Kommunen oder zivilgesellschaftliche Organisationen?*

Den Anteil von einem Drittel Berufspendler, die zu Fuß, mit dem Rad, der Bahn oder dem ÖPNV zur Arbeit kommen, wollen wir steigern. Einen großen Sprung nach vorn werden wir mit dem Rhein-Ruhr-Express (RRX) schaffen. Das wird zwar noch dauern, aber nach jahrelangem Stillstand sind wir jetzt mit dem Bund soweit, dass in diesem Jahr eine erste Finanzierungsvereinbarung für den RRX abgeschlossen werden soll. Nach seiner Fertigstellung wird dieses Infrastrukturprojekt auf der Kernstrecke zwischen Köln und Dortmund mit vier Linien im 15-Minuten-Takt mit Anbindungen nach Münster, Minden, Flughafen Köln-Bonn, Koblenz und Aachen täglich mehr als 31.000 Personenfahrten von der Straße auf die Schiene bringen.

Mit ihrem Aktionsplan Nahmobilität will



Ladestation eines Carsharing-Anbieters (Foto: Oliver Lang)

die Landesregierung die Bedingungen für Radler und Fußgänger verbessern. Ziel ist es, den Anteil der Nahmobilität, also des Fuß- und Radverkehrs, am Gesamtverkehrsaufkommen dem Idealwert von 60 Prozent anzunähern. Unser Projekt Radschnellwege stärkt den Trend zu Fahrrad, Pedelec und E-Bike.

Die Kommunen haben eine Schlüsselrolle, wenn es um die Planung und Realisierung von modernen Mobilitätsangeboten geht. Daher unterstützen wir in Zukunft vier Koordinierungsstellen für ein verkehrsmittelübergreifendes Mobilitätsmanagement. Damit sollen Angebote von ÖPNV, Car-Sharing und Leihfahrrad beispielhaft vor Ort besser vernetzt werden. *Sie sind auch verantwortlich für den Bereich Stadtentwicklung und betonen in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Stadtteile und der Bürgerbeteiligung. In welche Richtung soll die Quartiersentwicklung gehen?*

*Wie können Bürger zum Engagement für ihre Stadt motiviert und dabei unterstützt werden?* An erster Stelle brauchen wir ein sehr breites Verständnis von Stadtentwicklung, das alle Aufgaben umfasst, die Menschen in ihrem direkten Lebensumfeld, im Quartier, betreffen. Das bedeutet, neben den baulich-infrastrukturellen Herausforderungen gleichzeitig auch Umwelt, Bildung, Pflege oder Integration im Quartier im Blick zu haben. Das Quartier ist die Ebene der gemeinsamen Aufgabenbewältigung, an der sich viele fachpolitisch Zuständige beteiligen. Gemeinsam heißt auch, dass diese Aufgaben

→ weiter auf Seite 4



Rhein-Ruhr-Express, Computerillustration (Foto: MBWSV NRW)

## Wie weiter mit Verkehr und Stadt?

→ Fortsetzung von Seite 3

nicht allein mit staatlichen Instrumenten und öffentlichem Geld bewältigt werden können. Ehrenamtliches Engagement ist unerlässlich, um erfolgreich zu sein. Die Landesregierung hat deshalb den Bürgerdialog „Heimat im Quartier“ ins Leben gerufen. Hier werden die wesentlichen Dinge zusammengebracht: der Dialog leistet einen Beitrag, die Zukunftsaufgaben in den Quartieren gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern zu bestimmen, gute bürgerschaftliche Lösungen vorzustellen und darauf abgestimmt die öffentlichen Unterstützungsangebote des Landes im Quartier zu konzentrieren.

*„Natur in der Stadt“ wird zu einem immer wichtigeren Thema. Nicht nur aus Gründen des Klima- und Umweltschutzes, sondern auch als Bestandteil der Wohn- und Lebensqualität. Welche Aktivitäten gibt es dazu in Ihrem Haus? Natur in der Stadt – das ist längst kein überflüssiger Luxus, sondern ein Standortfaktor und Motor des Strukturwandels für unsere Städte. In Nordrhein-Westfalen ist dies unumstritten, spätestens seit der Internationalen Bauausstellung Emscherpark. Die IBA hat ab 1989 viele nachhaltige Impulse für den ökologischen*

Umbau der industriekulturellen Landschaft im Ruhrgebiet gegeben. Städtische Grünzüge, Parks, private und öffentliche Gärten sind wichtig, weil sie die Folgen des Klimawandels in unseren Städten abmildern. Sie tragen zum Hochwasserschutz bei, verhindern das Entstehen von Hitzeinseln und ermöglichen ein gesundes Leben in der Stadt. Für die kommende EU-Förderperiode werden wir unsere Fördermittel gemeinsam mit dem Umweltministerium gezielt für Vorhaben einsetzen, die die Qualität des urbanen Grüns weiter verbessern.

Noch bis Ende Juni übrigens ist auf der Kokerei des Essener Welterbes Zeche Zollverein die vom MBWSV finanziell unterstützte, sehr sehenswerte Ausstellung „Produktive Stadtlandschaften“ zu erleben. Sie widmet sich dem Thema ‚Urbane Grün- und Freiflächen‘. ([www.mai-nrw.de/Ausstellungen-Projekte.90.o.html](http://www.mai-nrw.de/Ausstellungen-Projekte.90.o.html)) Im November 2013 hat die Landesregierung „Eckpunkte einer Nachhaltigkeitsstrategie für NRW“ verabschiedet. Wie beteiligt sich Ihr Ministerium an der weiteren Entwicklung der Strategie? Und worin sehen Sie Ihre zentralen Aufgaben bei der Umsetzung?

In allen Bereichen meines Hauses spielt Nach-

haltigkeit eine entscheidende Rolle. In Fragen der Mobilität und der Quartiersentwicklung haben wir das gerade besprochen. Bei der Wohnraumförderung stehen die Kriterien Bezahlbarkeit, Bedarfsorientierung, Barrierefreiheit und Energieeffizienz im Mittelpunkt, allesamt Nachhaltigkeitskriterien. Unsere Erfahrungen in diesen Feldern bringe ich wieder ins Kabinett ein. Wir arbeiten auf vielen Feldern ressortübergreifend.

*Zielgruppe unserer Stiftung sind zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine.*

*Gibt es Angebote aus Ihrem Ministerium, die umweltpolitisch engagierte Organisationen bei ihrer Arbeit nutzen können?*

Ja, die gibt es. Bei dem von uns angestoßenen Bürgerdialog „Heimat im Quartier“ im März auf Zeche Zollverein waren über 500 Bürger, die meisten in Gruppen und Initiativen aktiv, um über die Zukunft unserer Gemeinden und Städte in NRW zu diskutieren. In dem Internetforum ([www.heimat-im-quartier.de](http://www.heimat-im-quartier.de)) stellen noch viel mehr engagierte Menschen und Gruppen ihre Projekte vor. Ein gutes Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement sind die Bürgerbusvereine. Über 100 davon haben wir in NRW, mehr als in der gesamten restlichen Republik. Die sorgen für Mobilität im ländlichen Raum, das ist echt nachhaltig. Oder nehmen Sie die Bürgerradwege: wir haben inzwischen Dutzende Radwegkilometer in NRW, die gebaut werden konnten, weil die Bürgerinnen und Bürger vor Ort die Schüppe in die Hand genommen haben.

*Welche Erwartungen und Wünsche haben Sie an die zivilgesellschaftlichen Akteure und an uns als deren Fördereinrichtung?*

Infrastrukturprojekte wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern umsetzen und nicht gegen sie durchsetzen. Je mehr Fragen, Bedenken, Einwände im Vorfeld erörtert und geklärt werden können, desto leichter ist ein Projekt im formalisierten Beteiligungsverfahren durchzusetzen, desto schneller ist ein rechtsgültiger Planfeststellungsbeschluss zu bekommen. Sei es der RRR oder die Betuwe-Line, wo wir nachhaltig den Güterverkehr auf die Schiene bringen wollen, wir brauchen die Bürgerbeteiligung. Wir freuen uns über jeden konstruktiven Beitrag, der hilft, auch mit kleineren Maßnahmen Mobilität zu verbessern, Barrieren zu beseitigen, Quartiere nachhaltiger zu gestalten und die Nachbarschaft der Menschen zu verbessern.



Vorbild Dänemark: Kopenhagen ist eine der radfreundlichsten Städte der Welt. Insgesamt durchziehen mehr als 350 Kilometer Radwegnetz die Stadt. Die Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, dass 50 Prozent aller Fahrten im Großraum Kopenhagen mit dem Fahrrad durchgeführt werden. (Foto: Hans Ringhofer)

# Vielfalt bereichert

## Fachgespräch „Umweltarbeit und Muslime“

Beim 32. Deutschen Orientalistentag im September 2013 in Münster diskutierten Islamwissenschaftler über den „Öko-Islam“ in westlichen Staaten. Und das Motto des Tages der offenen Moschee im Oktober 2013 lautete „Umweltschutz – Moscheen setzen sich ein“. Dies sind nur zwei Beispiele für einen Trend, den wir auch in unserer Stiftungsarbeit bemerken: Muslimische Gemeinschaften in Deutschland engagieren sich zunehmend im Umwelt- und Naturschutz. Was wir aber auch feststellen: Die Vernetzung zwischen den Akteuren ist relativ gering, Projekte sind wenig bekannt und Erfahrungen werden kaum weitergetragen. Um den Austausch zu fördern, haben wir am 20. Mai in Bonn ein Fachgespräch veranstaltet, bei dem rund 20 Vertreter von staatlichen, religiösen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Institutionen und Organisationen aus Nordrhein-Westfalen zusammenkamen.

Staatssekretär Peter Knitsch vom NRW-Umweltministerium betonte in seinem Grußwort das Interesse der Landesregierung an der Thematik. Für einen erfolgreichen Umwelt- und Klimaschutz seien die rund 1,3 Millionen Muslime in Nordrhein-Westfalen unverzichtbar. Außerdem seien Menschen mit Migrationshintergrund nicht mehr „Gastarbeiter“, sondern ein bedeutender Teil der Gesellschaft, der an ihrer Gestaltung teilhaben müsse.

### Wichtiger Partner: Moscheegemeinden

Die Natur sei von Gott geschaffen und ein den Menschen anvertrautes Gut, mit dem sie maßvoll und behutsam umgehen müssten, sagte Rafet Öztürk vom DITIB-Bundesverband, der bundesweit etwa 900 Ortsgemeinden vereint.

Dies müsse den Gläubigen wieder stärker ins Bewusstsein gerufen werden. Wichtige Multiplikatoren sind dabei Imame und Gemeindevorstände. Sie können die Gemeindeglieder für den Umwelt- und Naturschutz sensibilisieren und, so Ahmad Aweimer vom Zentralrat der Muslime in Deutschland, auch Vorbild sein, etwa beim energetischen Bauen oder Sanieren von Moscheen.



Bonner NaTurnier – Interkulturelles Fußballturnier für den Umweltschutz (Foto: Tabiat)

Die Bedeutung der Moscheegemeinden wurde auch von anderen Teilnehmern bestätigt. Denn sie können viele Menschen erreichen und umweltbewusstes Handeln durch religiöse Argumente bestärken. Außerdem erleichtern die Gemeinden als stabile Institutionen langfristige Aktivitäten und Prozesse.

### Bunte Mischung: Interkulturelle Projekte

Über zielgruppengerechte Kommunikation und Methoden der interkulturellen Natur- und Umweltschutzarbeit referierte Silke Kleinhückelkotten vom Ecolog-Institut (Hannover). Wichtig sei es, auf die individuellen Bedürfnisse einzugehen, Alltagsbezüge herzustellen und an vorhandenes Wissen anzuknüpfen. Vorteilhaft sind zweisprachige Angebote, um durch die Muttersprache eine differenzierte Auseinandersetzung und eine stärkere Identifikation zu ermöglichen. Als besonders erfolgreich haben sich Aktivitäten auf Stadtteilebene erwiesen, in Kooperation mit Migranten-Selbstorganisationen und Einrichtungen, die mit Migranten arbeiten.

Im weiteren Verlauf des Fachgesprächs stellten sich verschiedene Organisationen vor, die sich der interkulturellen Umwelt- und Naturschutzarbeit widmen. Sie sind hier nur kurz skizziert, ausführliche Informationen finden sich auf den jeweiligen Internetseiten.

Yeşil Çember ist als Arbeitsgruppe des BUND entstanden und arbeitet mit türkischsprachigen Menschen und mit verschiedenen Umweltorganisationen. Die TEMA-Stiftung unterstützt Aufforstungsprojekte in der Türkei, initiiert Pflanzaktionen in Deutschland und berät u. a. türkische Unternehmen zur Ressour-

ceneffizienz. Der Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) arbeitet seit 1979 auf Stadtteil-ebene mit Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und engagiert sich auch im Umweltbereich. Er ist Kooperationspartner beim Bonner Umweltbildungsprojekt „Tabiat“, das von der Fachstelle für interkulturelle Bildung und Beratung durchgeführt und von unserer Stiftung gefördert wurde.

„ÖkoCan – MigrantInnen engagieren sich für ihre Umwelt“ ist ein Projekt der Alevitischen Gemeinde Deutschland. Ein sehenswertes Ergebnis sind zehn Kurzfilme zu Nachhaltigkeitsthemen (Türkisch mit dt. Untertiteln), die auf Youtube abrufbar sind. Gerade erst auf den Weg macht sich der Bürgerverein Iserlohner Südstadt, der einen multikulturellen Stadtteil nachhaltig gestalten will, u. a. durch interreligiöse Gemeinschaftsgärten.

Bei der abschließenden Diskussion wurden weitere Treffen vorgeschlagen, um voneinander zu lernen. Dabei sollten sich auch die „deutschen“ Natur- und Umweltorganisationen vorstellen. Eine engere Zusammenarbeit mit ihnen wünschen sich viele der interkulturellen Initiativen, stoßen dabei aber oft auf wenig Entgegenkommen. Das sollte sich ändern, denn Vielfalt bereichert nicht nur die Natur.

➔ Weitere Informationen zu Organisationen und Projekten:

[www.yesilcember.eu](http://www.yesilcember.eu),

[www.temastiftung.de](http://www.temastiftung.de),

[www.via-bundesverband.de](http://www.via-bundesverband.de),

u. a. Magazin „Grüne“ Vielfalt, (Heft 3-XIII-13)

[www.tabiat-natur.de](http://www.tabiat-natur.de)

[www.hima-umweltschutz.de](http://www.hima-umweltschutz.de)

[www.buergerverein-iserlohner-suedstadt.de](http://www.buergerverein-iserlohner-suedstadt.de)

[www.klimig.de](http://www.klimig.de)

Projekt „Klimaschutz in unserer Hand“



# Grün statt grau

## Mensch und Natur in der Stadt

Städte sind für Menschen gemacht, doch auch Pflanzen und Tiere fühlen sich hier zunehmend wohl. Sie flüchten aus der Monotonie landwirtschaftlich genutzter Flächen in den städtischen Dschungel, passen sich an und nutzen Mauerritzen, Balkone, Hinterhöfe, Brachen oder Gärten als neue Lebensräume. Und während die Zahl der menschlichen Bewohner der größten deutschen Stadt langsam sinkt, gehen Ökologen von rund 20.000 Tier- und Pflanzenarten in Berlin aus – Tendenz steigend. Darunter sind nicht nur die mittlerweile vielerorts vertrauten Füchse und Wildschweine, sondern auch Fischotter, Gottesanbeterinnen, gefährdete Wildbienen und rund zwei Drittel aller in Deutschland lebenden Brutvogelarten.

## Mosaik an Lebensräumen

Der Landschaftsökologe Josef H. Reichholf schreibt in seinem Buch „StadtNatur“ von Inseln der Vielfalt, die ihren Bewohnern ein reichhaltiges Mosaik an Lebensräumen und Verstecken bieten. Das städtische Grün wird – mit wenigen Ausnahmen und ganz im Gegensatz zu Agrarflächen – auch kaum gedüngt oder mit Pflanzenschutzmitteln behandelt. Außerdem haben viele Tierarten bei Städtern ein besseres Image als auf dem Land und gelten als willkommene

Bereicherung urbanen Lebens. Und schließlich sind Parkanlagen und Brachflächen nicht nur die artenreichsten Stadtbiotope, sondern auch eminent wichtig für ein ausgeglichenes Stadtklima.

Nun sind unsere Städte nach wie vor alles andere als Naturparadiese. Das liegt nicht zuletzt an einem ökologischen Interessenkonflikt: Der Flächenverbrauch in Deutschland liegt weiterhin bei täglich mehr als 70 Hektar für neue Siedlungs- und Gewerbeflächen sowie Verkehrswege. Um diese Entwicklung – wie in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gefordert – bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar täglich zu reduzieren, setzen immer mehr Kommunen auf die bessere Nutzung und Verdichtung innerstädtischer Flächen. Dadurch allerdings sind Lebensräume für Tiere und Pflanzen bedroht, ebenso durch die energetisch sinnvolle Sanierung alter Gebäude, die so ihre Nischen und Ritzen verlieren. Fledermäuse, Schwalben, Mauersegler und Haussperlinge gehören zu den Opfern dieser Entwicklung, wie nicht zuletzt die jährliche, bundesweit durchgeführte Zählung „Stunde der Gartenvögel“ von NABU und Landesbund für Vogelschutz belegt.

Unsere Stiftung fördert zwei Projekte, die hier gegensteuern wollen: Der BUND NRW unterstützt in seinem Projekt „Artenschutz

an Gebäuden“ Wohnungsbaugesellschaften bei der Installation spezieller Nisthilfen für Gebäudebrüter, und der NABU-Landesverband zeichnet in seiner Kampagne „Schwalbenfreundliches Haus“ private und öffentliche Hausbesitzer aus, die den Frühlingsboten das Brüten und Jagen leichter machen.

## Natur in graue Zonen

Viele kleine Maßnahmen können schon einiges bewirken. Vor allem gute Ideen sind gefragt: Eine solche hatte ohne Zweifel der Wissenschaftsladen Bonn mit seiner von unserer Stiftung geförderten Kampagne „Natur in graue Zonen“, die in den Städten Erfurt, Wiesloch und Duisburg zur Entsiegelung und naturnahen Begrünung innerstädtischer Gewerbeflächen beitragen soll. In Kooperation mit lokalen Bürgerstiftungen werden in jeder beteiligten Kommune bis zu zehn Unternehmen dabei unterstützt, Teile ihrer Betriebsgelände grüner und damit lebenswerter zu gestalten. Sie können sich durch fachkundige Landschaftsgärtner bei der Planung beraten lassen und erhalten kostenlos heimisches Pflanzmaterial. Die Firmen müssen nur die Entsiegelung einer mindestens 50 qm großen Fläche übernehmen oder finanzieren.



Natur in graue Zonen: erste Pflanzaktionen in Duisburg (Foto: Wissenschaftsladen Bonn)

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, die Unternehmen bei der Pflanzung und dem Aufbau gestaltender Elemente tatkräftig zu unterstützen oder eigenständig Pflanzaktionen in Gewerbegebieten durchzuführen. Grundlagenkenntnisse zur naturnahen Begrünung und Pflege können sie und auch Mitarbeitende der Unternehmen in Workshops erwerben. Für Projektleiterin Anke Valentin zeigt die Kampagne, „dass bereits kleine Flächen große Wirkung erzielen – sowohl als Lebensraum und Nahrungsquelle für Schmetterlinge, Bienen und Co., die in unseren exotischen Gartenpflanzen kaum noch Nektar finden, als auch zur Verbesserung des Wohlbefindens von Bürgerinnen und Bürgern.“ Langfristig solle das Projekt bei vielen Menschen die Lust auf Stadtnatur dauerhaft wecken sowie weitere Stadtverwaltungen und Unternehmensverbände animieren, ebenfalls Konzepte für eine ökologische und optische Aufwertung von Funktionsflächen zu entwickeln.

Nach einer intensiven Planungsphase – unter anderem musste der Boden auf mögliche Altlasten untersucht werden – wurden am 23. Mai zwei einstmals betonierte Flächen der FrischeKontor GmbH am Großmarkt Duisburg neu bepflanzt. „Funktionsflächen müssen nicht hübsch sein, aber sie können hübsch sein“, forderte Peter Joppa, Geschäftsführer des FrischeKontors, andere Unternehmen zum Nachmachen auf. Manfred Berns, Geschäftsführer des Projektpartners Bürgerstiftung Duisburg, zeigte sich überzeugt, dass die positive Resonanz auf diese erste Pflanzaktion der gesamten Kampagne Rückenwind verleihen wird: „Das Projekt ist mittlerweile in aller Munde.“ In der alten Industriestadt Duisburg lasse sich wunderbar beweisen, dass Wirtschaft und Natur keine Gegensätze sein müssen.

### Blüten-Netzwerk und Citizen Science

Dem Grün in der Stadt ein wenig nachhelfen möchte auch der Verein Ravensberger Lichtlandschaften mit seinem „Blüten-Netzwerk für den Bielefelder Norden“. Gemeinsam mit Anwohnern, Initiativen und Bildungsträgern werden Vielfalt und Anzahl blütenreicher Flächen im städtischen Raum gesteigert. Ein Blüh-



Prinzessinnengarten am Moritzplatz in Berlin-Kreuzberg: 2009 lagen hier noch alte Bettgestelle, Scherben, Reifen und Batterien. Heute sprießt und grünt es in mobilen Pflanzbehältern. (Foto: Rainer Jensen)

streifen mit Sommerblumen wurde für eine bunte Kunst-Installation genutzt. Kindergartenkinder säten Wildblumen, die Schmetterlinge und Wildbienen anziehen und in Verbindung mit einem Insektenhotel Naturkundeunterricht für die Kleinsten ermöglichen.

Der BUND ist mit „Köln kartiert“ den bereits vorhandenen Grünflächen auf der Spur. In diesem Citizen-science-Projekt geben Experten ihr Wissen bei Praxiskursen und Exkursionen an interessierte Kölner weiter und multiplizieren damit die Möglichkeiten, Pflanzenvielfalt zu erfassen und für ihren Schutz eintreten zu können. Langfristig soll so der erste Pflanzenatlas für die größte Stadt Nordrhein-Westfalens entstehen.

Unsere Stiftung unterstützt „Artenschutz an Gebäuden“ mit 59.300 Euro, „Schwalbenfreundliches Haus“ mit 14.000 Euro, „Natur in graue Zonen“ mit 60.000 Euro, das „Blüten-Netzwerk“ mit 39.515 Euro und „Köln kartiert“ mit 35.900 Euro.

➔ Weitere Informationen unter [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de), [www.nabu-nrw.de](http://www.nabu-nrw.de), [www.natur-in-graue-zonen.de](http://www.natur-in-graue-zonen.de), [www.ravensberger-lichtlandschaften.de](http://www.ravensberger-lichtlandschaften.de), [www.köln-kartiert.de](http://www.köln-kartiert.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3556, U-3466, U-3501, U-3495 und U-3513

# Transition Towns

## Städte im Wandel

Viele kleine, hochgradig vernetzte, produktive Systeme, die ressourcenschonend wirtschaften, die alle vor Ort gegebenen Möglichkeiten optimal nutzen, die unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern langfristig beenden und dabei auch das Klima schonen: so lässt sich das anspruchsvolle Konzept der Transition Towns zusammenfassen. Die Idee der „Stadt im Übergang“ wurde vor knapp zehn Jahren populär und ist eine Weiterentwicklung des von den Australiern Bill Mollison und David Holmgren entwickelten Konzepts der „Permakultur“ (Permanente Agrikultur). Dahinter steckt die Vision landwirtschaftlicher Ökosysteme, die mit und nicht gegen die Natur arbeiten und so der Vielfalt, Stabilität und Nachhaltigkeit natürlicher Ökosysteme nahekommen.

### Den Übergang gestalten

Der irische Sozialwissenschaftler Rob Hopkins, führender Theoretiker der Transition-Town-Bewegung, entwickelte zu Beginn des 21. Jahrhunderts gemeinsam mit seinen Studenten ein Konzept für die Stadt Kinsale. Zielsetzung war es, die Kommune unabhängiger von fossilen Energieträgern und widerstandsfähiger (resilienter) gegen destabilisierende Einflüsse zu machen, etwa gegen Umweltprobleme oder soziale Ungleichheit. Hopkins ging davon aus, dass das Maximum an Erdölförderung (Peak Oil) erreicht sei und der darauf basierende wirtschaftliche Boom – mit allen seinen negativen Konsequenzen für die Umwelt – in absehbarer Zeit zu Ende gehen würde. Dies sei nicht zu bedauern, sondern biete vielmehr die Chance, den Klimawandel zu stoppen und das Leben – vor allem in den Industrienationen – nachhaltiger zu gestalten.

Transition Towns sind für Hopkins partizipatorisch organisierte Katalysatoren dieses Veränderungsprozesses, der gemeinschaftlich getragen wird und sämtliche Bereiche des kommunalen Miteinanders umfasst: von der ökologischen Landwirtschaft über klimafreundliche Mobilität und die Nutzung regenerativer Energien bis hin zu umfassenden Bildungsangebo-



Urban Farming in New York: Gemüseanbau inmitten von Wolkenkratzern (Foto: picture alliance/Photoshot)



ten, die möglichst viele Bewohner der Transition Town in die Lage versetzen, den „Übergang“ mitzugestalten.

Für einige Kritiker gehen die bisherigen Ansätze der Transition Town nicht weit genug. Ohne eine radikale Veränderung der konsumorientierten Gesellschaft blieben Tauschbörsen, Gemeinschaftsgärten oder Reparaturkollektive nur Symptome eines „bewussteren“ Lebensstils, eine Art anspruchsvolle Hobbies, die aber die Grundlagen des als ungerecht und zerstörerisch empfundenen kapitalistischen Wirtschaftssystems unangetastet ließen.

Eine Nische, ein zivilgesellschaftliches Labor jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik: Gerade diese offene, undogmatische Haltung macht die Idee der Transition Town zunehmend attraktiv. Und attraktiv ist sie ohne Frage, wie ein Blick auf die Website [www.transition-initiativen.de](http://www.transition-initiativen.de) beweist. NRW hat hier mit Abstand die meisten Mitglieder, und in nahezu jeder größeren Stadt Nordrhein-Westfalens gibt es mittlerweile eine Transition-Town-Initiative.



## Urban Gardening

Zum Konzept der Transition Towns passt das ursprünglich aus den USA stammende Urban Gardening, gemeinschaftlicher Gartenbau in der Stadt, auf Brachflächen, auf den Dächern von Tiefgaragen und selbst in Stühlen mit integrierten Anbaukästen, den sogenannten KAIF-Stühlen, die der Dortmunder Radek Vogt

für ein Urban-Gardening-Projekt an der Fachhochschule Dortmund entwickelt hat. Der ganzheitliche, weit über den bloßen Anbau von Obst und Gemüse hinausgehende Ansatz des Urban Gardening wird beim Gemeinschaftsgarten deutlich, den der Verein NeuLand in Köln ([www.neuland-koeln.de](http://www.neuland-koeln.de)) auf einer ehemaligen Industriebrache zwischen den Stadtteilen Südstadt und Bayenthal ausbaut. Der Verein hat sich ausdrücklich das Ziel gesetzt, Bildung, Umwelt- und Naturschutz sowie bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Dies geschieht in Arbeitsgruppen, etwa zur Kräuterkunde, aber auch in Workshops mit Experten, beispielsweise zum Imkern. In Kooperation mit Schulen und Kitas werden verschiedene Umweltbildungsangebote für Kinder gemacht.

Urban Gardening wird auch auf lange Sicht kaum einen nennenswerten Beitrag zur Ernährung einer größeren Stadt leisten. Doch darum geht es den urbanen Gärtnern in der Regel nicht. Sie folgen vielmehr ihren Vorstellungen eines selbstbestimmteren Lebens, dem Wunsch nach praktischen Erfahrungen beim Gärtnern und bei der Herstellung zumeist ökologischer Lebensmittel. Interessant ist auch der Versuch, begrenzte räumliche Ressourcen gemeinsam mit anderen optimal zu nutzen und dabei Erträge zu erzielen, die zu einer größeren Autonomie gegenüber den Notwendigkeiten des täglichen Konsums führen können. Die Urban-Gardening-Initiativen können an die alte Tradition der Schrebergärten anknüpfen. Mit rund 1,2 Millionen Klein- und Schrebergärten liegt Deutschland europaweit an der Spitze.

## Die essbare Stadt

Inzwischen greifen auch ganze Städte die Idee des Urban Gardening auf. Vorreiter ist hier die Kleinstadt Andernach, seit 2010 selbst ernannte „essbare Stadt“. Damals nämlich begann die Stadtverwaltung, zahlreiche adrette Grünflächen und Blumenrabatten umzugraben und mit Tomaten, Zucchini, Kartoffeln und Zwiebeln zu bepflanzen. Immer mehr Flächen kamen hinzu, weitere, überwiegend regionale Obst-

und Gemüsesorten wurden angepflanzt und machen Andernach heute zu einem Garten für seine Bürger – die sich zudem an der Auswahl der Sorten und an den Pflanzaktionen rege beteiligen und so das Gemeinwesen aktiv zu mehr Leben erwecken. Die „Essbare Stadt Andernach“ bekam bereits mehrere Preise, unter anderem als „Ausgezeichneter Ort im Land der Ideen“ oder als Sieger des bundesweiten Wettbewerbs „Lebenswerte Stadt“.

## Internationale Gärten

Andere Kristallisationsorte bürgerschaftlichen Engagements sind die Internationalen Gärten – Projekte, bei denen nicht alleine das gemeinschaftliche Gärtnern, sondern auch interkulturelles Lernen und Integration zentrale Bestandteile des Konzepts sind. Hier begegnen sich Einheimische, Migranten und Flüchtlinge, arbeiten gemeinsam, knüpfen nachhaltige Beziehungen und betreiben eine wechselseitige Integration auf Augenhöhe. In Deutschland wurde der erste internationale Garten 1995 in Göttingen gegründet ([www.internationale-gaerten.de](http://www.internationale-gaerten.de)). Die mittlerweile zwei Gärten bestehen aus Einzelparzellen für den Anbau von Gemüse und Kräutern und aus Gemeinschaftsflächen, auf denen Kinder spielen, Erwachsene sich treffen und Veranstaltungen stattfinden. Hier arbeiten mehr als 120 Menschen aus 18 Nationen und unterschiedlichen Glaubensrichtungen zusammen.

Der Internationale Mädchengarten in Gelsenkirchen ([www.maedchengarten.de](http://www.maedchengarten.de)) ist ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener Mädchengruppen. Mädchen unterschiedlicher Herkunft können diesen Naturraum nach eigenen Vorstellungen gestalten. Seit Mitte 2013 ist der Garten auch die Heimat des vom Land NRW finanzierten Kompetenzzentrums Nachhaltige Entwicklung. Hier finden Mädchen und junge Frauen, die sich für Fairen Handel, nachhaltige Mobilität oder Umweltschutz engagieren wollen, umfassende Unterstützung.



(Foto: Gisela Burckhardt)

## Schöne Reden, wenig Taten

### Ein Jahr nach Rana Plaza – was hat sich getan?

Von Gisela Burckhardt

Salma war 27 Jahre alt. Sie hatte für New Wave Style im 6. Stockwerk des Rana Plaza genäht. Salma wurde nach vier Tagen aus den Trümmern des eingestürzten Hochhauses befreit, aber sie konnte nicht mehr: Im Januar 2014 erhängte sie sich in ihrer Hütte. Über 1500 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden bei der Katastrophe in Bangladesch am 24. April 2013 verletzt, 1138 Menschen starben. Viele der Verletzten sind traumatisiert und benötigen langfristige Hilfe.



(Foto: Ismail Ferdou/AP)

### Keine oder zu geringe Entschädigung

Auf internationalen Druck hin wurde ein Entschädigungsfonds eingerichtet, der von der internationalen Arbeitsorganisation ILO überwacht wird. Nach der ILO-Konvention 121 über Leistungen bei Lohnausfällen durch Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten wurde ein Bedarf von 40 Millionen US-Dollar ermittelt. Davon wurde bis zum Jahrestag am 24. April 2014 nur knapp ein Drittel eingezahlt. Bisher haben 18 Unternehmen Zahlungen geleistet, darunter Primark, K&K, Mango, Inditex (Zara) und Güldenpfennig (Lieferant von Aldi und Lidl). Es ist

empörend und eine Schande, dass Firmen wie Adler mit einem Gewinn von 18 Millionen Euro (2013) oder auch NKD nicht bereit sind, in den Fonds einzuzahlen. Auch Benetton verweigert sich: Das Unternehmen machte 2012 einen Gewinn von 24 Millionen Euro – für die Näherinnen haben sie keinen Cent übrig.

Letztlich sind alle Unternehmen, die in Bangladesch produzieren lassen, aufgefordert, in den Fonds einzuzahlen – auch wenn sie keine Aufträge im Rana Plaza hatten. Von diesen Firmen hat bisher nur H&M gezahlt.

### Gebäude- und Brandschutzabkommen

Immerhin hat der öffentliche Druck dazu geführt, dass 145 vorwiegend europäische Unternehmen, darunter als größte Gruppe 45 aus Deutschland, einem Gebäude- und Brandschutzabkommen (Accord) beigetreten sind. Dies wurde von Unternehmen, lokalen Gewerkschaften und auch der Clean Clothes Campaign (CCC) ins Leben gerufen. Accord erfasst etwas mehr als 1600 Fabriken mit über zwei Millionen Beschäftigten in Bangladesch. Auch elf US-Firmen haben es unterzeichnet, nicht jedoch Walmart und Gap. Beiden geht der Accord zu weit, denn er ist gesetzlich verbindlich. Da der öffentliche Druck aber groß ist, haben sie eine eigene Initiative gegründet: die „Alliance“ mit 26 Unterzeichnern, die bei rund 700 Fabriken produzieren lassen. Fast die Hälfte davon arbeitet auch für Accord-Mitgliedsunternehmen. Gemeinsam decken die beiden Initiativen rund 2000 der 5000 Fabriken in Bangladesch ab.

Die anderen, meist kleineren Fabriken soll der Tripartite National Action Plan (NAP) unter Leitung der ILO und der Regierung Bangladeschs überprüfen.

Ziel der Abkommen ist die Kontrolle von Statik, Elektrik und Feuerschutz in den Fabriken. Die Unterzeichner des Accord haben sich aber nicht nur zu Inspektionen verpflichtet, sondern unterstützen auch die Fabrikbesitzer dabei, die Verbesserungen umzusetzen. Durch den Accord erhalten Gewerkschaften Zutritt zu den Fabriken, und in jeder Fabrik soll ein Gesundheits- und Sicherheitskomitee geschaffen werden, dessen Vertreter die Beschäftigten selbst wählen.

Der Accord zeichnet sich durch Transparenz aus: Die Ergebnisse der überprüften Fabriken werden veröffentlicht. Zehn Berichte stehen bereits im Internet ([www.bangladeshaccord.org](http://www.bangladeshaccord.org)). Doch selbst diese Fabriken, die einen relativ guten Ruf haben, weisen erschreckende Mängel auf, wie freiliegende Kabel, unerlaubte Gebäudeaufstockungen und zu hohe Deckenbelastungen.

### Erhöhung des Mindestlohns

Durch die Abkommen ändern sich allerdings nicht die Arbeitsbedingungen: Weiterhin müssen die Frauen bis zu 100 Stunden in der Woche arbeiten. Sie sind Demütigungen, Beschimpfungen und sogar Tritten der männlichen Aufseher ausgesetzt. Zwar wurde der monatliche Mindestlohn im Dezember 2013 von 30 auf 53 Euro angehoben. Bei einer jährlichen Inflationsrate von über 20 Prozent ist das allerdings eine sehr geringe Netto-Lohnerhöhung. Außerdem zahlt nur rund die Hälfte aller Fabriken den Mindestlohn. Viele Fabrikbesitzer verweigern sich mit der Begründung, die Einkäufer würden keine höheren Preise für die Waren zahlen. Und das ist nicht ganz falsch: Die Unternehmen aus Europa und den USA reden gern davon, dass Sozialstandards eingehalten werden müssen, aber beim Einkauf drücken sie die Preise. Dafür zahlen die Arbeiterinnen, nicht selten mit ihrem Leben. Die Verantwortungslosigkeit setzt sich fort.

**Dr. Gisela Burckhardt** ist Vorstandsvorsitzende der Frauenrechtsvereinigung FEMNET. Unsere Stiftung fördert derzeit das FEMNET-Projekt „FairSchnitt – Studieren für eine sozial gerechte Modeindustrie“.

→ Weitere Informationen unter [www.femnet-ev.de](http://www.femnet-ev.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4792

# Nachhaltiges Großereignis?

## Die Fußball-WM in Brasilien

Rodrigo Abdelmalack bemühte sich um Zuversicht: „Das Stadion wird rechtzeitig fertig“, so der Leiter der Brasilien-Redaktion der Deutschen Welle. Gemeint war die Arena Amazonia in Manaus, eines von zwölf WM-Stadien, ganz im Norden Brasiliens gelegen, inmitten des Regenwaldes und rund 1.500 Kilometer vom nächsten Spielort Brasilia entfernt. Vier Tote und permanente Verzögerungen während der Bauphase, weit höhere Kosten als geplant und ein Austragungsort, der wegen seiner enormen Luftfeuchtigkeit vom Schweizer Trainer Ottmar Hitzfeld als „fast unverantwortlich“ bezeichnet wurde – die Arena Amazonia gilt geradezu als Synonym für die vielen Probleme Brasiliens bei der Vorbereitung der Fußball-Weltmeisterschaft 2014.

Rund elf Milliarden Euro soll die WM kosten – Geld, das nach Ansicht vieler Brasilianer besser für soziale Projekte oder den Ausbau der maroden Infrastruktur ausgegeben würde. Unter dem Motto „Vem pra rua – Kommt auf die Straßen“ hat sich eine Bewegung etabliert, die die öffentliche Aufmerksamkeit durch die Weltmeisterschaft für anhaltende Protestaktionen nutzt – für mehr soziale Gerechtigkeit, gegen die Vertreibung indigener Gruppen von ihrem angestammten Land, gegen die grassierende Korruption oder die Säuberung der Elendsviertel, der Favelas, um den Besuchern der WM ein heiles Land vorzugaukeln.

„Fußball-WM in Brasilien – gute Miene zu teuerm Spiel“ hieß denn auch die Veranstal-

tung des Bonner General-Anzeigers (GA) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) am 10. April in der Deutschen Welle, die vom stellvertretenden GA-Chefredakteur Andreas Mühl moderiert wurde. Neben Abdelmalack saßen der Ex-Nationalspieler Jens Nowotny und der Leiter des Programms „Sport für Entwicklung“ bei der GIZ, Gerald Guskowski, auf dem Podium. Bei aller Vorfreude auf das Großereignis standen die kritischen Diskussionsbeiträge im Vordergrund. So seien soziale und ökologische Nachhaltigkeit bei der Planung weitgehend ignoriert worden, sagte Guskowski – anders als in Südafrika, wo für die WM 2010 immerhin ein öffentliches Verkehrssystem entwickelt worden sei, von dem auch der ärmere Teil der Bevölkerung noch heute profitiere.

Der Weltfußballverband FIFA – laut Jens Nowotny ausschließlich an „Machterhalt und Gewinn“ interessiert – sieht das natürlich anders und schreibt auf seiner Website von der Fußball-WM als „hervorragender Plattform, um auf große gesellschaftliche und ökologische Herausforderungen aufmerksam zu machen“. Als Schwerpunkte ihrer Aktivitäten nennt die FIFA ökologisches Bauen, modernes Abfallmanagement, Klimaschutz und soziale Initiativen vor Ort, wird dabei aber wenig konkret – etwas dürrig angesichts der Einnahmen von rund 1,08 Milliarden Dollar, mit denen die FIFA für 2014 rechnet.

Die GIZ bemüht sich mit speziellen Pro-



GIZ-Veranstaltung in Bonn (Foto: GIZ)

jekten um eine nachhaltige Langzeitwirkung von Großveranstaltungen wie der Fußball-WM. Dazu gehört das Programm „Fußball für Entwicklung“ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), bei dem sozialpädagogische Angebote für Jugendliche in sozialen Brennpunkten brasilianischer Städte im Vordergrund stehen. Oder die Beratung bei der Ausstattung des Daches im Maracana-Stadion von Rio mit Photovoltaikmodulen auf einer Fläche von rund 4.000 Quadratmetern.

Im Mittelpunkt der – zunächst einmal rhetorischen – Nachhaltigkeitsbemühungen von Brasilien und der FIFA steht der Klimaschutz. So sollen die bei Vorbereitung und Durchführung der WM anfallenden CO<sub>2</sub>-Emissionen geschätzt und durch Investitionen in Klimaschutzprojekte vollständig kompensiert werden. Der Neu- und Umbau der meisten Stadien sollte nach den Kriterien des Zertifikats „Leadership in Energy and Environmental Design“ (LEED) erfolgen, einem weltweit anerkannten Umweltstandard für Gebäude. Brasilianische Umweltschützer äußerten sich dazu Ende Mai in einem Interview mit der Wirtschaftswoche kritisch. So seien zum Beispiel die Pläne für die Solaranlagen teilweise fehlerhaft und zur WM wären die Anlagen überdies nicht alle fertig.

Auch die 42.000 Zuschauer fassende Arena Amazonia in Manaus glänzt mit einer Solaranlage und der Nutzung von Regenwasser – feinste Voraussetzungen also für den Viertligisten Nacional, der die Spielstätte nach der WM nutzen wird. Die durchschnittlich 5.000 Zuschauer pro Heimspiel werden das Riesenstadion allerdings als das entlarven, was es ist: für ein singuläres Großereignis gebaut, den alltäglichen Bedürfnissen nicht angemessen und damit eine Verschwendung von woanders dringend benötigten Ressourcen.



(Foto: Eraldo Peres/AP)

## Lesen!

### Bücher aus geförderten Projekten

In den letzten Wochen sind mehrere Bücher erschienen, die in von unserer Stiftung geförderten Projekten entstanden sind. Vielleicht findet das eine oder andere Ihr Interesse.



Präsentation von „Kleiner Daumen - große Wirkung“; mit dabei Stiftungsmitarbeiter Gerald Knauf (Foto: Hans-Martin Kochanek)

„Visionäre Afrikas. Der Kontinent in ungewöhnlichen Porträts“ (366 S., Peter Hammer Verlag) erzählt die Lebensgeschichten von 42 historischen und zeitgenössischen Personen aus 23 afrikanischen Ländern. Erfinder oder Universitätsgründer sind ebenso darunter wie Widerstandskämpfer, Popmusiker und Schriftsteller. Alle Beiträge wurden von afrikanischen Autoren geschrieben, Herausgeber ist Moustapha Diallo, Initiator und Projektträger der Peter Hammer Verein für Literatur und Dialog.

Um eine differenziertere Sichtweise auf Afrika ging es auch bei der Konferenz „Africa 3.0 – Mediale Abbilder und Zerrbilder eines Kontinents im Wandel“, die im Juni 2013 in Dortmund stattfand. In der jetzt erschienenen



gleichnamigen Dokumentation (170 S., LIT-Verlag) beschäftigen sich Journalisten, Wissenschaftler, Politiker und Künstler u. a. mit dem Afrikabild deutscher Medien, mit journalistischen Arbeitsmöglichkeiten in Afrika und dem Zusammenspiel von Medien und Hilfsorganisationen. Herausgeberin des Bandes ist Veye Tatah, Projektträger der von ihr gegründete Verein Africa Positive.

„Indien – die größte Demokratie der Welt?“ (190 S., Verlag Assoziation A) thematisiert die jüngsten sozial-ökonomischen Entwicklungen des Subkontinents. Am Beispiel der Atom-, Verkehrs-, Handels- und Industriepolitik werden die Sichtweisen von Vertretern unterschiedlicher sozialer Milieus in Indien dargestellt.

## Ansehen!

### Ausstellung im Kindermuseum „mondo mio!“

Im Februar wurde im Kindermuseum im Dortmund Westfalenpark die von unserer Stiftung geförderte Ausstellung „Nijambo – Energie für die Zukunft“ eröffnet. Anders als der Titel vermuten lässt, stehen nicht erneuerbare Energien im Mittelpunkt, sondern es geht allgemein um „kreative Energien“. Denn das Suaheli-Wort „Nijambo“ steht für die Fähigkeit, Probleme anzunehmen und kreativ zu lösen. Das spiegelt sich in der Ausstellung in künstlerischen Exponaten wider, die Kinder zum Mitdenken und Mitmachen anregen, etwa zum Klimaschutz oder zur Ressourcenverteilung. Im Zentrum stehen Kinder aus anderen Kulturen, die aus ihrem Leben erzählen, das mit unserem Alltag auf vielfältige Weise verbunden ist. Was etwa hat der Orangensaft im Supermarkt damit zu tun, dass Siboniwe in Südafrika immer weiter laufen muss, um an Wasser zu kommen? „Nijambo“ ist noch bis zum 31. Oktober zu sehen. Die Stiftung fördert die Ausstellung und ein pädagogisches Begleitprogramm mit 87.000 Euro.

Das von Dominik Müller herausgegebene Buch ist Teil eines Projektes des Vereins Recherche International.

Auch wenn sie noch nicht lesen können: Kindergartenkinder sind die Zielgruppe des Handbuchs „Kleiner Daumen – große Wirkung. Klimaschutz im Kindergarten“ (162 S., Förderverein NaturGut Ophoven). Es ist das Ergebnis eines zweijährigen Projekts, bei dem pädagogische Bausteine zum Klimaschutz entwickelt und in Kindergärten erprobt wurden. Das Handbuch bietet neben Hintergrundinformationen zu Klimawandel und Klimaschutz über 120 kindgerechte Praxisbeispiele, Lieder, Spiele, Malvorlagen und Experimente.

➔ Informationen zu den Projekten auf unserer Internetseite unter E-4745, E-4843, E-4854 und U-3492

## Umgeblättert

### Interessantes aus entwicklungs- und umweltpolitischen Zeitschriften

In der neuen Rubrik „Umgeblättert“ stellen wir Beiträge aus entwicklungs- und umweltpolitischen Zeitschriften vor, um Ihnen Anregungen zur Lektüre und Auseinandersetzung zu geben.

#### Nazis und Naturschutz



Christoph Weckenbrock beschreibt in **Natur und Landschaft** (Ausgabe 5/2014) das aktuelle Verhältnis von Naturschutz und Rechtsextremismus. Nach seiner Einschätzung nutzen NPD und auch parteiunabhängige rechtsextreme Gruppen Themen des Naturschutzes verstärkt zur Mobilisierung und Profilierung. Antidemokratisches und völkisches Gedankengut werde so auf unverfängliche Art und Weise in die Mitte der Gesellschaft transportiert. Typische Denkmuster seien die kausale Verknüpfung gesellschaftlicher Entfremdungsprozesse mit einer fortschreitenden Umweltzerstörung, die Ablehnung alles Fremden in der Natur und deren mystische Aufladung („Deutscher Wald“), der Umgang mit Art- und Rassebegriffen oder die Romantisierung des Lebens im Einklang mit der Natur. Sie ermöglichten der rechtsextremen Ideologie und Politik das Andocken an den Naturschutz. Weckenbrock empfiehlt einen verstärkten öffentlichen Diskurs, um Argumentationsmuster und Aktionsformen rechtsextremistischer Naturschutz- und Umweltpolitik als Tarnung für ein menschenverachtendes Weltbild zu entlarven.

Herausgeber von **Natur und Landschaft** ist das Bundesamt für Naturschutz. Die monatlich erscheinende Publikation ist die älteste Zeitschrift für Naturschutz und Landschaftspflege im deutschsprachigen Raum. Sie vermittelt wissenschaftliche und fachliche Grundlagen sowie Erfahrungen aus der Praxis.

→ Infos unter [www.natur-und-landschaft.de](http://www.natur-und-landschaft.de)

#### Zukunftsfähige Infrastruktur

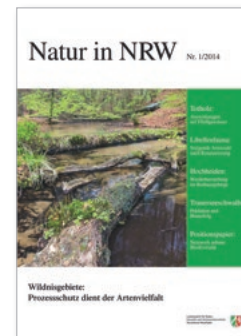


„Infrastrukturen und Nachhaltigkeit“ lautet das Schwerpunktthema der Ausgabe 1/2014 des Rundbriefs **Forum Umwelt & Entwicklung**. Ein einleitender Artikel beschäftigt sich damit, wie Infrastrukturen für ein zukunftsfähiges Deutschland beschaffen sein müssen. Erforderlich seien weniger Wachstum, insbesondere beim Straßenbau, höhere Qualität und ein für alle bezahlbarer Zugang. Die Privatisierung von Wasser- und Energieversorgung ist das Thema von vier weiteren Artikeln. Mehr Effizienz und günstigere Verbraucherpreise versprechen die Befürworter, Geld in die leeren Kassen erhoffen sich viele Kommunen von einem Verkauf an Private. Viele Nichtregierungsorganisationen warnen seit langem vor einem Ausverkauf solcher Gemeingüter und engagieren sich für eine Rückübertragung an die öffentliche Hand. Die Beiträge beleuchten die Problematik auf internationaler und deutscher Ebene und anhand der Beispiele Hamburg und Berlin. Abgerundet wird der Themenschwerpunkt Infrastruktur durch Artikel zum Bahnverkehr in Deutschland und zu Solaranlagen für Haushalte in Afrika, die durch langfristige, kleine Ratenzahlungen auch für arme Familien erschwinglich sind.

Das Forum Umwelt & Entwicklung koordiniert Aktivitäten deutscher Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Der Rundbrief erscheint vierteljährlich mit einem Schwerpunktthema und weiteren Beiträgen zu aktuellen Entwicklungen.

→ Infos und Download unter [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

#### Vielfalt in der Stadt



Das Thema „Artenvielfalt in städtischen Räumen“ stößt vermehrt auf Interesse (siehe auch diese Ausgabe der Resultate, S. 6–9). Verschiedene gesellschaftliche Gruppen haben sich im April 2012 zum Arbeitskreis „Netzwerk Urbane Biodiversität – Ruhrgebiet“ zusammengeschlossen, um gemeinsam die Forschung zu diesem Thema voranzubringen. Dieser Arbeitskreis initiierte im März 2013 an der Universität Duisburg-Essen die Tagung „Urbane Biodiversität – regionale, nationale und internationale Aspekte“, deren Ergebnisse in der Ausgabe 1/2014 von **Natur in NRW** mit einem Positionspapier zu den Schwerpunktthemen Neobiota, Brachflächen und urbane Gewässer vorgestellt wurden. Angesichts des grassierenden Alarmismus im Umgang mit invasiven Arten plädiert die Autorengruppe für „differenzierte Gelassenheit“ und sachorientierte Einzelfallentscheidungen. Dies gelte auch für die Bewertung von Brachflächen, da jeder Brachentyp individuell zu betrachten und allgemeingültige Aussagen nur begrenzt möglich seien. Bei der Entwicklung urbaner Gewässer weisen die Autoren darauf hin, dass hier, neben dem ökologischen Wert, auch kulturelle Leistungen wie Naturerfahrung und Freizeitnutzung berücksichtigt werden sollten.

**Natur in NRW** erscheint viermal pro Jahr und wird herausgegeben vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen.

→ Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit unter [www.lanuv.nrw.de/veroeffentlichungen](http://www.lanuv.nrw.de/veroeffentlichungen)

## ... Eine-Welt-Projekten in Minden?

Minden gehört ohne Frage zu den Zentren der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BnE) in Deutschland. Dreimal hintereinander wurde die Stadt in Westfalen als offizielle Kommune der UN-Weltdekade zu BnE ausgezeichnet. „Die Vielzahl der Aktivitäten in Minden sowie die strukturelle Verankerung und Netzwerkbildung sind vorbildlich“, so Prof. Dr. Gerhard de Haan, Vorsitzender des Nationalkomitees der UN-Dekade, anlässlich der jüngsten Auszeichnung im April 2013.

Bereits seit 1972 engagiert sich die Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden (friwo) in der Oberen Altstadt für eine nachhaltig lebende und friedlich teilende Gesellschaft. Als Keimzelle aller Aktivitäten haben sich hier, in einem bunten Bevölkerungsmix, rund 25 Initiativen, kirchliche und staatliche Einrichtungen sowie weitere Institutionen zu dem Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Oberen Altstadt“ (BOA) zusammengeschlossen.

Unsere Stiftung hat in den vergangenen Jahren mehrere Projekte in Minden gefördert, darunter darunter auch die Einrichtung eines Eine-Welt-Dorfes durch die friwo im Jahr 2006 mit rund 104.000 Euro. Am Anfang stand dabei ein Lehmfachwerkhaus, das Mindener Schülerinnen und Schüler während eines internationalen Projekttag der Unesco-Projektschulen errichtet hatten. Weitere landestypische Gebäude folgten – darunter eine tansanische Rundhütte und ein indisches Landhaus –, mitt-

lerweile gehören auch ein Wasserspielplatz, eine Photovoltaikanlage und ein Haus der Religionen zum Eine-Welt-Dorf.

Heute umfasst das Dorf eine Fläche von rund 1.000 Quadratmetern und hat sich als außerschulischer Lernort zur Bildung für nachhaltige Entwicklung etabliert, der 2013 von rund 1.500 Kindern und Jugendlichen genutzt wurde. „Zu unseren regelmäßigen Angeboten gehören das mehrtägige Bildungsprojekt ‘Klima für Energiewandel – eine Herausforderung’, der Projekttag ‘Sonne, Wind, Wasser’ über die Potenziale der erneuerbaren Energien sowie interkulturelle Kinderfeste, bei denen interkulturell zusammengesetzte Gruppen, Initiativen und Einrichtungen einen aktionsreichen Nachmittag für Kinder gestalten“, so Ramona Gieseking vom Eine-Welt-Dorf.

Auch das 1976 gegründete Informationszentrum 3. Welt, das sich mit zahlreichen Veranstaltungen für die Vermittlung von Themen wie Agenda 21, Millenniumentwicklungsziele und Bildung für nachhaltige Entwicklung einsetzt, wurde bei verschiedenen Projekten von unserer Stiftung gefördert. Dazu gehörten Initiativen zur Einführung fair gehandelten Kaffees im Kreis Minden-Lübbecke (2003, 14.400 Euro), ein Bildungsprojekt zu Fairem Handel und Globalem Handel vor dem Hintergrund vorhandener Partnerschaftsprojekte zwischen Minden und Tansania (2005, 46.125 Euro) sowie die Erneuerung eines Fassadenbildes in der



Mindener Innenstadt mit Motiven zu Themen wie Millenniumentwicklungsziele, Finanzkrise, weltweite Sozialstandards, Kampf um Ressourcen und Mindener Stadtentwicklung (2009, 3.070 Euro).

Um die entwicklungspolitische Arbeit in Minden auf eine solide Basis zu stellen, hat das Informationszentrum 3. Welt das zuvor gemietete Haus in der Brüderstraße gemeinsam mit dem Weltladen Minden im Jahr 2012 gekauft. Unsere Stiftung hat den Kauf mit 35.000 Euro unterstützt und darüber hinaus ein zinsloses Darlehen in Höhe von 21.600 Euro gewährt. „Damit ist die Zukunft der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in der Region Minden-Lübbecke langfristig gesichert“, freut sich Stefan Straube-Neumann vom Informationszentrum 3. Welt.

Die Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden und das Informationszentrum 3. Welt sind Mitglieder im Netzwerk BOA und wollen die gemeinsame inhaltliche Arbeit in den kommenden Jahren intensivieren. Somit dürfte Minden einen nationalen Spitzenplatz in Sachen BnE auf lange Sicht verteidigen können.



Foto: Friedenswoche Minden



Foto: Informationszentrum 3. Welt

➔ Weitere Informationen unter [www.friedenswoche-minden.de](http://www.friedenswoche-minden.de), [www.eine-welt-dorf.de](http://www.eine-welt-dorf.de), [www.wl-minden.de](http://www.wl-minden.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5054, E-4009, E-4174, E-4605 und E-4767

## Neu geförderte Projekte

16. Februar bis 31. Mai 2014  
Fördervolumen: 835.927 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, I = Interkultur, O = Organisationsentwicklung, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite [www.sue-nrw.de](http://www.sue-nrw.de)

<b>Konferenz der iranischen Studenten und Akademiker</b> Iranian Student Association e. V. Konferenz in Aachen, die in NRW lebende Iraner vernetzen und, durch Anregungen aus anderen Migranten-Communities, zu gemeinsamen Projekten motivieren soll.	15.3.2014–15.7.2014 E-4852 10.000 €	<b>Verwertung von Elektro-Altgeräten</b> Arbeitskreis Recycling e. V. Entwicklung von Kriterien für Wiederverwendungs- und Reparaturbetriebe zur Verwertung von Elektrogeräten, anschließend Schulungen und Erarbeitung eines Handbuchs.	15.3.2014–15.9.2014 U-3562 28.179 €
<b>Fairen Handel in die Mitte bringen</b> Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung e. V. Bildungsarbeit zum Fairen Handel, u. a. Veranstaltungen in Kitas, Schulen und Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenarbeit und Schulungen für deren Mitarbeitende.	1.9.2014–31.8.2016 E-4859 60.000 €	<b>Wasser und ICH</b> Förderverein Wasser und Naturschutz Arche Noah e. V. Entwicklung von Umweltbildungsangeboten für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, u. a. Veranstaltungen, Lernmaterial und Informationstafeln für Blinde.	1.4.2014–31.3.2015 U-3566 58.500 €
<b>Arbeitswelten</b> Südwind e. V. Institut für Ökonomie und Ökumene Studien und Veranstaltungen zu Wertschöpfungsketten und Arbeitsbedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern, am Beispiel von Baumwolle, Kautschuk und Palmöl.	1.5.2014–31.12.2015 E-4865 25.750 €	<b>Erfassung von Fledermäusen</b> BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Anschaffung von Aufnahmegeräten (batlogger), mit denen Fledermäuse und ihre Quartiere in Stadt- und Waldgebieten erfasst werden können.	7.5.2014–31.12.2014 U-3574 4.360 €
<b>Nuevos Horizontes: Bildungsarbeit zu Lateinamerika</b> Informationsbüro Nicaragua e. V. Entwicklung und Erprobung von Workshops und Materialien (Werkhefte, DVD) zu Lateinamerika, die sich besonders an Jugendliche richten.	1.4.2014–31.12.2015 E-4867 83.300 €	<b>Aktionswoche zur Nachhaltigkeit</b> Förderverein NaturGut Ophoven e. V. Aktionen an Schulen und bei einem Familienfest für die Leverkusener Bevölkerung als Beitrag zur „Deutschen Aktionswoche Nachhaltigkeit“, die Ende Juni stattfindet.	1.6.2014–30.6.2014 U-3575 4.986 €
<b>WortWelten</b> Bahnhof Langendreer – Soziokulturelles Zentrum e. V. Veranstaltungsreihe mit Autoren aus Ländern des Südens zu entwicklungs- und migrationspolitischen Aspekten und globalen Einflüssen auf die soziale und natürliche Umwelt.	5.5.2014–31.12.2014 E-4869 4.500 €	<b>Biodiversitätsstandards für Kölner Grünflächen</b> BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Erarbeitung und Veröffentlichung eines Maßnahmenkatalogs mit Anregungen zum Biodiversitätsschutz auf städtischen Grünflächen.	1.6.2014–30.9.2014 U-3579 2.100 €
<b>Migration, Vielfalt und Umweltbewusstsein</b> Aleviten und Bektasi Kulturverein e. V. Veranstaltungsreihe, um insbesondere bei deutsch-türkischen bzw. deutsch-kurdischen Bewohnern in Duisburg-Marxloh das Interesse an ökologischen Themen zu fördern.	1.5.2014–30.4.2015 I-6105 7.840 €	<b>Gesichter Afrikas – Perspektiven eines Kontinents</b> EXILE-Kulturkoordination e. V. Veranstaltungen zu Sub-Sahara-Afrika und Erweiterung der Webseite <a href="http://www.gesichter-afrikas.de">www.gesichter-afrikas.de</a> um die Themen Kolonialismus, Neokolonialismus, Zeitgeschehen.	1.4.2014–31.3.2016 Z-5253 147.560 €
<b>Organisationsentwicklung</b> Christliche Initiative Romero e. V. Neue Strukturen und Abläufe sollen Informations- und Entscheidungsprozesse vereinfachen und die Effizienz der Arbeit steigern.	27.2.2014–31.12.2014 O-2319 7.666 €	<b>Bildungstasche zum Kinderalltag in Tibet</b> Kham – Hilfsprojekt für Nomaden e. V. Erstellung von Bildungsbags, u. a. Bilder, Spiele, CD, Arbeitsheft zum Thema „Himalayaraum/Tibet“ für Kinder im Grundschulalter; außerdem Aufbau einer Website.	1.4.2014–31.3.2016 Z-5258 11.650 €
<b>Einführung Achtsame Organisationskultur</b> medica mondiale e. V. Die Arbeit mit Frauen in Kriegs- und Krisengebieten bedeutet für die Mitarbeiterinnen eine starke Belastung, die durch eine „Achtsame Organisationskultur“ abgemildert werden soll.	1.2.2014–30.9.2016 O-2321 31.914 €	<b>alleweltonair – Annäherungen an Afrika</b> Allerweltshaus Köln e. V. Bürgerfunkarbeit, in Kooperation mit Kölner NRO, zum Thema Afrika, mit Trainings, Workshops und der Produktion von Radiosendungen.	1.2.2014–31.3.2015 Z-5265 75.649 €
<b>Infomobil Natur</b> Förderverein Nationalpark Eifel e. V. Anschaffung und Ausstattung eines Informationsbusses, der zur Umweltbildung in der Region um den Nationalpark Eifel eingesetzt wird.	15.3.2014–31.3.2015 U-3541 42.500 €	<b>Stärkung zivilgesellschaftlicher Kompetenz zu China</b> Stiftung Asienhaus Stärkung von Nachhaltigkeitsaspekten bei China-Partnerschaften, durch Broschüren, Hintergrundpapiere, Fortbildungen, Internetangebote und Veranstaltungen für NRO.	1.5.2014–30.4.2016 Z-5267 99.500 €
<b>Für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima</b> Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH In mehreren NRW-Städten werden im Frühjahr 2014 Veranstaltungen durchgeführt, bei denen u. a. Zeitzeugen aus Belarus, Japan und der Ukraine sprechen.	1.2.2014–31.7.2014 U-3554 40.673 €	<b>Wie viel Erde braucht der Mensch?</b> Service Civil International Deutscher Zweig e. V. Multiplikatoren aus dem Globalen Süden und Deutschland führen Bildungseinheiten an Schulen in Köln und Bonn durch, zum Thema Landnutzung und klimatische Auswirkungen.	2.4.2014–31.1.2015 Z-5271 30.000 €
<b>Mehr Platz für Spatz &amp; Co. – Artenschutz an Gebäuden</b> BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Schulungen, Veranstaltungen, Beratung von Wohnungsbaugesellschaften und Entwicklung einer Ausstellung, Aufbau einer Datenbank mit Brutplatznachweisen.	1.3.2014–29.2.2016 U-3556 59.300 €		



### Bildungsmaterialien Globales Lernen für Kleine und Größere

Das Werkheft „Alle frei und alle gleich!?“ des Informationsbüro Nicaragua beschäftigt sich mit Menschenrechten und sozialen Kämpfen in Lateinamerika. Es ist für den Einsatz in der Schule ab Jahrgangsstufe 9 sowie für die außerschulische Jugendbildungsarbeit konzipiert. Durch Übungen erarbeiten die Jugendlichen sich die Themen und erfahren etwas über eigene Handlungsmöglichkeiten.

„Kita Global – Mit Kinderaugen um die Welt“ heißt ein Fortbildungsprojekt des Wissenschaftsladen Bonn, das Erzieherinnen und Erziehern praxisnahe Zugangswege zum Globalen Lernen vermittelt. Dazu ist jetzt ein 90-seitiges Arbeitsheft erschienen, mit über 50 Praxisbeispielen, die von den Projektteilnehmenden in ihren Kitas erprobt wurden. Themen sind u. a. Vielfalt der Kulturen, Ressourcen und Spielzeug.

→ Bestellung/Download der von unserer Stiftung geförderten Materialien unter [www.informationsbuero-nicaragua.org](http://www.informationsbuero-nicaragua.org) und [www.wilabonn.de](http://www.wilabonn.de), Rubrik „Bürgergesellschaft & Nachhaltigkeit“



### Internationale Konferenz Global Media Forum 2014

Die von der Deutschen Welle veranstaltete Konferenz „Von Information zu Partizipation“ beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Internets auf Medienberichterstattung, öffentliche Meinungsbildung und die Art der Regierungsführung. Die Veranstaltung findet vom 30. Juni bis zum 2. Juli 2014 in Bonn statt. Sie bringt Medienvertreter aus aller Welt mit Akteuren aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Wissenschaft zusammen. Redner sind u. a. die Bundesminister Müller und Steinmeier, Amy Goodman von Democracy Now, Emma Ruby-Sachs vom Kampagnennetzwerk Avaaz.org und der ägyptische Polit-Satiriker Bassem Youssef. Unsere Stiftung wird gemeinsam mit einigen nordrhein-westfälischen NRO mit einem Infostand vertreten sein.

→ Informationen und Anmeldung unter [www.dw-gmf.de](http://www.dw-gmf.de)

### Studien Internationale Nachhaltigkeitspolitik

Die Studie „BRICS als neue Akteure der Entwicklungspolitik“ von Südwind beschäftigt sich mit der Bedeutung der BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Zentrale Fragestellungen sind, welche Rolle sie als Bündnis in der Weltwirtschaft spielen und wie sie sich bei der Formulierung und Finanzierung einer Post-2015-Agenda positionieren.

Die zukünftige internationale Nachhaltigkeitspolitik ist auch Thema des Reports „Gemeinsame Ziele – unterschiedliche Verantwortung“ von Global Policy Forum und terre des hommes. Analysiert wird, wie das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung der Nationen in den Klima- und Post-2015-Verhandlungen zum Tragen kommt. Außerdem enthält der Bericht Empfehlungen für die Weiterentwicklung dieses Gerechtigkeitsprinzips.

→ Bestellung/Download der von unserer Stiftung geförderten Studien unter [www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de) und [www.globalpolicy.org](http://www.globalpolicy.org)

### Workshops der Stiftung Vom Förderantrag bis zur Abrechnung

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen möchten wir Ihnen in unseren Workshops beantworten. Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr.

→ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an [marion.ostermann@sue-nrw.de](mailto:marion.ostermann@sue-nrw.de) Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

→ Termine: 8. September, 8. Dezember

### Wettbewerb Umweltschutzpreis der Stadt Köln

Im Umweltschutz engagierte Bürger, Kitas, Schulen, Vereine, Initiativen, Hochschulen, und Unternehmen sind aufgerufen, sich mit ihren Projekten am Umweltschutzpreis 2014 der Stadt Köln zu beteiligen. Der Preis zeichnet Aktivitäten aus, die im hohen Maße zu ökologischen Verbesserungen in Köln beitragen. Ein zusätzlicher Preis honoriert speziell die Umweltprojekte von Kindern und Jugendlichen. Die Bewerbungen müssen bis zum 12. September 2014 eingereicht werden.

→ Informationen unter [www.stadt-koeln.de](http://www.stadt-koeln.de), Rubrik „Leben in Köln“

### Impressum

Ausgabe Juni 2014 | ISSN 2196-9507



Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn  
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522  
[info@sue-nrw.de](mailto:info@sue-nrw.de)  
[www.sue-nrw.de](http://www.sue-nrw.de)

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohn  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.  
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski  
Gestaltung: art\_work\_buero, Köln  
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im September 2014. Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an [info@sue-nrw.de](mailto:info@sue-nrw.de)